

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889**

16.3.1889 (No. 74)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 16. März.

N<sup>o</sup> 74.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gesaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1889.

## Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 15. März.

Das gerichtliche Verfahren gegen die Mitglieder der französischen Kammern, die zu den Häuptern der Patriotenliga zählen, kann nun seinen Anfang nehmen, nachdem der Senat gestern mit 213 gegen 58 Stimmen die Ermächtigung zur Verfolgung Raquets und die Deputirtenkammer mit 317 gegen 227 Stimmen die gleiche Ermächtigung in Betreff der Abg. Laguerre, Kaisant und Turquet erteilt hat. Die Mehrheit in der Deputirtenkammer, die dem Regierungsantrage zustimmte, war eine rein republikanische; die Minorität setzte sich aus 162 Konservativen, den 17 Boulangisten und 35 Republikanern zusammen. 49 Deputirte fehlten in der Sitzung oder enthielten sich der Abstimmung. Die meisten republikanischen Blätter billigen es, daß die Kammer die verlangte Ermächtigung erteilt; nur „Baiz“ und „Nouvelles Siècle“ bedauern den Schritt der Kammer, in dem sie eine Verlängerung der freisinnigen Ideen sehen. Die genannten beiden Journale befinden sich dabei im Einklange mit den konservativen Zeitungen, welche erklären, die Republikaner hätten, indem sie der Maßregel zustimmten, mit ihren Grundsätzen gebrochen. Auf diesen Tadel wird die republikanische Presse wohl die Antwort nicht schuldig bleiben, sondern ihn mit dem Hinweis darauf parieren, daß die Konservativen ihrerseits mit ihren Prinzipien gebrochen hätten, als sie den General Boulanger unterstützten. Die boulangistischen Blätter bemühen sich, es nicht merken zu lassen, daß ihre Partei eine Niederlage erlitten hat. Das boulangistische Hauptorgan „La Presse“ versichert, der gestrige Tag sei ein „wunderbar guter“ für den Boulangismus gewesen, dessen Wahlprogramm nun vervollständigt sei. Das soll wohl heißen, die boulangistische Partei werde in der Wahllampagne für die Straflosigkeit der gegen die bestehende Staatsverfassung gerichteten Wählerkreise geheime Verbindungen eintreten. Der Boulangismus würde diesen Grundsatz sicherlich nur so lange vertreten, bis er selbst zur Herrschaft gelangt ist; denn keine Regierung kann im Ernste solche Handlungen, wie die, welche den Gegenstand der Anklage gegen die Patriotenliga bilden, straflos lassen, und gerade die Anhänger Boulangers sind bei ihrem häufig an den Tag gelegten gewaltthätigen Wesen schwerlich die Leute, von denen zu erwarten wäre, daß sie im Besitze der Macht eine solche Enthaltensart üben. Das Organ der Patriotenliga, „Clairon“, richtet angesichts des Kammerbeschlusses, der Laguerre und Genossen dem gerichtlichen Verfahren aussetzt, seine Blicke auf Boulanger als Helfer in der Noth; jetzt habe Boulanger das Wort und müsse zu dem Lande sprechen. Es ist abzuwarten, ob Boulanger hierzu gerade in dem jetzigen Augenblicke ein lebhaftes Bedürfnis fühlt; es fehlt ohnedies nicht viel, daß das gerichtliche Verfahren auch auf ihn ausgedehnt wird.

## Deutschland.

Berlin, 14. März. Seine Majestät der Kaiser hat heute Vormittag das Atelier des Professors v. Werner besucht. Auf der Rückfahrt begab sich Seine Majestät zum Staatsminister Grafen v. Bismarck, wo Allerhöchstselbe noch einige Zeit verweilte. Nach dem königl. Schlosse zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser längere Zeit mit dem Kriegsminister General der Infanterie Bronsart v. Schellendorff und dem Chef des Militärkabinetts, Generaladjutanten v. Hahnke, und nahm einige Vorträge entgegen.

Seine Majestät der Kaiser hat nachstehende allerhöchste Ordre an den Reichskanzler gerichtet:

Ich habe von dem Berichte, welchen Sie Mir unterm 4. d. M. über die Verwaltung der Reichsbank für das Jahr 1888 erstattet haben, eingehend Kenntnis genommen und mit großer Befriedigung daraus ersehen, in welchem erheblichem Umfange die Geschäfte in den meisten Zweigen des Bankverkehrs und dementsprechend auch die Umsätze gestiegen sind. Von besonderem Interesse war für Mich die bedeutende Entwicklung des Giroverkehrs und die dadurch herbeigeführte Umgestaltung des Geldverkehrs in Deutschland. Auch die jetzigen finanziellen Ergebnisse, obwohl sie nicht unerheblich hinter den Erwartungen früherer Jahre zurückbleiben, sind im Hinblick auf die andauernde Geldknappheit als günstige zu bezeichnen. Im ganzen aber legen die Entwicklung des Geschäftsvorlesers der Reichsbank und die auf den verschiedenen Gebieten ihrer Thätigkeit gewonnenen Erfolge Zeugnis dafür ab, daß die umsichtige und energische Leitung der Verwaltung, unterstützt von der dienstfreudigen Mitwirkung sämtlicher Beamten der Reichsbank sowie der Mitglieder der Ausschüsse, die Ziele des Instituts richtig erfaßt und allen Aufgaben gerecht zu werden bestrebt ist. Ich beauftrage Sie, allen Theilhabenden Meine Zufriedenheit auszusprechen.

gez. Wilhelm.

Ihre Majestät die Kaiserin empfing gestern den

Besuch Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin von Baden.

Die „Darmstädter Zeitung“ meldet, Seine Königl. Hoheit der Großherzog von Hessen werde auf der Rückreise von Petersburg zufolge einer Einladung Seiner Majestät des Kaisers Aufenthalt in Berlin nehmen.

Auf Grund der vom Bundesrath am 14. Dezember 1876 beschlossenen Bestimmungen über die Statistik der Dampfessel und Dampfmaschinen haben die mit der periodischen Revision der Dampfessel beauftragten Beamten bezw. die Dampfesselüberwachungsvereine u. a. ein Kataster über die Schiffsdampfessel und die Schiffsdampfmaschinen nach Maßgabe eines im § 2 der gedachten Bestimmungen vorgeschriebenen Formulars anzulegen. Zur Herstellung des vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Handbuchs für die deutsche Handelsmarine sind Aenderungen erforderlich geworden, deren Nothwendigkeit von der technischen Kommission für Seeschiffahrt einstimmig anerkannt worden ist. Die vorgeschlagenen Aenderungen betreffen jedoch nur die Bezeichnung der Arten und Systeme der Schiffsdampfessel und Schiffsdampfmaschinen.

Wie schon früher erwähnt wurde, ist im Reichsjustizamt ein Gesetzentwurf betreffend das Lagerhauswesen ausgearbeitet. Dieser Entwurf betrifft zunächst die Regelung der Frage der Lagerheime (Warrants), und wurden mehrfach sachverständige Gutachten hierüber, insbesondere auch von dem Reichsbankdirektorium, eingefordert. Der Gesetzentwurf dürfte sich indes nicht auf diese Frage beschränken, sondern es unternehmen, die rechtlichen Verhältnisse des gesammten Lagerhauswesens einheitlich zu regeln. Sobald das Gesetzentwurf in Reichstags-Tagen durchberathen sein wird, sollen über den Entwurf kommissarische Verhandlungen zwischen Vertretern des Reichsjustizamtes, des Reichsamtes des Innern und des preussischen Handelsministeriums stattfinden. An den Beratungen würde, nach den „Berl. Pol. Nachr.“, auch der Vicepräsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. Koch, theilnehmen.

Gestern beim Wiederbeginn der Plenarsitzungen war der Reichstag außerordentlich spärlich besetzt; die Sitzung mußte denn auch, wie schon berichtet, wegen Beschlusunsfähigkeit abgebrochen werden. Hoffentlich werden die nächsten Tage in dieser Beziehung Wandel schaffen. Die vielfach verbreitete Annahme, als ob die Session jedenfalls vor Ostern, und zwar etwa zum 12. April, schließen würde, begegnet erheblichen Zweifeln. Die Kommission für das Invaliditätsgesetz schließt übermorgen ihre Arbeiten nach 36 Sitzungen ab. Vor dem 26. d. Mts wird die zweite Lesung im Plenum kaum beginnen.

In Ergänzung unseres telegraphischen Berichts über die heutige Reichstags-Sitzung ist noch nachzutragen, daß das Haus im weiteren Verlauf seiner Beratungen den Antrag Kuhlmann, betreffend Aenderung im Gerichtsvollzieheweise und Herabsetzung der Gebühren, an eine vierzehngliedrige Kommission verwies und mehrere Petitionen vorwiegend nach den Kommissionsanträgen erledigte.

In der heutigen Sitzung der Reichstagskommission über das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz wurden die Beratungen über den vierten Abschnitt der Vorlage von § 92 ab fortgesetzt. Es liegt über die Sitzung folgender ausführlicher Bericht vor:

Eine längere Erörterung rief heute der Gebhardt'sche Antrag hervor, welcher den nach § 1, Absatz 2 und 3 bezeichneten Personen (Hausindustrielle u. s. w.), welche vorläufig von der Versicherungspflicht ausgeschlossen sind, das Recht der Selbstversicherung einräumen will. Dieser Antrag war in erster Lesung angenommen worden, wurde aber seitens der Vertreter der verbündeten Regierungen fast beanstandet, so daß der Kompromißantrag Buhl und Genossen Streichung beantragte. Die Kommission trat diesem Antrage auf Streichung mit 13 gegen 12 Stimmen bei. Die übrigen Paragraphen dieses und des folgenden fünften Abschnittes — 116 bis 119 —, der die Aussicht durch das Reichsversicherungsamt regelt, wurden ebenfalls den Anträgen Buhl entsprechend unter nicht wesentlichen Aenderungen der ersten Lesung angenommen; zu erwähnen ist dabei nur, daß die Uebertragung der Revision an die Landesversicherungsämter aufrecht erhalten ist, obgleich zugunsten einer einheitlichen Rechtsprechung durch das Reichsversicherungsamt starke Gründe in's Gesicht geführt wurden. Mit dem Abschnitt 7 — §§ 119 a. bis k. — trat demnach die Berathung in das wichtige Gebiet der Rentenparaffen ein. Mit den in dem Antrag Buhl und Genossen angenommenen, meist ökonomischen oder redaktionellen Aenderungen der ersten Lesung erklärte sich der Antragsteller Dechelhauser überall einverstanden. Es sind hiernach in's Gesetz nur die grundlegenden Bestimmungen aufgenommen, während das einzelne dem von jeder Versicherungsanstalt zu errichtenden Nebenstatut vorbehalten bleibt. Die Rentenparaffen werden durch die Organe der Versicherungsanstalten mitverwaltet, jedoch in getrennter Rechnung und gegen Vergütung der auf sie entfallenden Verwaltungslosten. Die Bildung von Reservefonds bis zur Höhe von 5 Prozent der Guthaben der Sparer ist vorgesehen. Die

Einlagen können in baar oder durch Einleben von Sparmarken bewirkt werden. Es werden Zinseinsätze vergütet, den Zinsfuß bestimmt das Reichsversicherungsamt nach Anhörung des Vorstandes der Versicherungsanstalt. Die Einlagen sammt den aufgerechneten Zinseinsätzen geben Anspruch auf einen ihrem Versicherungswert entsprechenden Zusatz zur Alters- oder Invalidenrente. Die Guthaben können von einer Versicherungsanstalt an eine andere Versicherungsanstalt überwiesen werden. Die Auszahlung der Zusatzrenten erfolgt gleichfalls durch die Post. Stirbt der Einleger, ehe er arbeitsunfähig geworden, so fällt sein Guthaben mit Zinseinsätzen seinen Erben zu. Mehrere Versicherungsanstalten können sich zu einer gemeinsamen Rentenparaffe vereinigen. Einem von Dechelhauser eingebrachten Zusatzantrag entsprechend soll die Auszahlung der Guthaben (also einschließlich Zinseinsätzen) an weibliche Versicherte gleichzeitig mit der nach § 23 a. bewilligten Rückzahlung der gezahlten Invaliditätsbeiträge erfolgen, wenn sie sich verheirathen. Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller und nachdem der Staatsminister v. Boetticher die nunmehrige Zustimmung der verbündeten Regierungen erklärt hatte, erfolgte die einstimmige Annahme der zehn Paragraphen mit dem erwähnten Zusatzantrag Dechelhauser und einem Antrag Gebhardt, wonach die Verzinsung schon vom Schluß des Quartals (nicht des Kalenderjahrs) ab stattfindet.

Das Mitglied des Herrenhauses, Ludwig Graf von der Gröben ist im Alter von 74 Jahren auf seiner Besitzung Schwanzfeld in Ostpreußen gestorben. Graf v. d. Gröben gehörte dem Herrenhaus seit dem Jahre 1854 an.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute nach einer wenig erheblichen Erörterung den Rest des Kultus-etats. Nach den Kommissionsanträgen betreffs Regelung der Apothekengehörgebung stellte der Kultusminister eine neue Apothekenordnung in baldige Aussicht.

Der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge ist seitens des preussischen Ministeriums des Innern ein Normalregulativ betreffend Erhebung von Abgaben für öffentliche Luftbarkeiten aufgestellt worden.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ melden, daß die Zunahme der Unglücksfälle auf See und der damit verbundene Verlust an Menschenleben, der von den zuständigen Seämtern auf eine mangelhafte Ausrüstung der Schiffe mit Booten und sonstigen Rettungsgeräthen zurückgeführt wird, den Reichskanzler veranlaßt haben, die gesetzliche Regelung der Ausrüstung der deutschen Kauffahrtschiffe mit Booten wieder aufzunehmen. Der bereits dem Bundesrath zugegangene hierauf bezügliche Gesetzentwurf schließt sich im wesentlichen dem im Jahre 1878 vorgelegten Entwurfe an; nur sind diesmal, da durch die seamtlichen Untersuchungen als Ursache vieler Berunglückungen der Mangel an Rettungsbojen, Korkjacken und Schwimmwesten häufig festgestellt worden ist, auch diese Rettungsgeräte unter die vorgeschriebenen Ausrüstungsgegenstände der Schiffe aufgenommen.

Wie aus Paris gemeldet wird, erklärt die „Agence Havas“ die Angabe des französischen Deputirten Turquet, er habe zur Zeit, als er Unterstaatssekretär war, auf Verlangen des deutschen Botschafters als Mitglied der Patriotenliga demissionirt, als jeder Begründung entbehrend.

Nach einer telegraphischen Meldung aus Washington sind zu Vertretern der dortigen Regierung auf der in Berlin abzuhaltenden Samoakonferenz John Kasson, der neue Gesandte der Vereinigten Staaten in Berlin, sowie William Phelps und George Bates ernannt worden.

Breslau, 14. März. In der gestrigen Sitzung des schlesischen Provinziallandtages ist ein Antrag, die Kosten zur Errichtung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmals in Breslau zu zwei Dritttheilen, im Höchstbetrage mit 200 000 M. zu übernehmen, angenommen worden, und zwar unter der Voraussetzung, daß die Stadtgemeinde das noch zu bedeckende Drittel, soweit es nicht durch freiwillige Beiträge zusammen kommt, übernimmt. Der vorgeschlagene Plan wurde ebenfalls genehmigt.

Stuttgart, 14. März. Seine Majestät der König macht, wie aus Nizza berichtet wird, zur Zeit bei prächtigen Wetter Ausfahrten, muß sich aber eines geschlossenen Wagens bedienen. Am 10. wurde in Nizza das Geburtsfest des Czaren, des Neffen Ihrer Majestät, gefeiert. Die Königin wohnte einem Feste auf dem im Hafen von Villefranche liegenden russischen Kriegsschiff „Nynda“ bei. Der König ließ sich durch seinen Generaladjutanten Frhrn. v. Molsberg vertreten. Auf das Jubiläum Seiner Majestät erschienen hier bereits Festmedaillen, so eine künstlerisch gebiegen ausgeführte in Gold und Silber aus der Metallwaarenfabrik von W. Mayer hier und eine solche aus dem Schwerdt'schen Etablissement. Weitere derartige Festgaben sind in Vorbereitung; auch wird eine sehr vielseitige literarische Thätigkeit entfaltet, welche die letzten 25 Jahre des öffent-

lichen Lebens in Württemberg auf allen Gebieten behandelte wird.

Gestern fand hier die Jahresversammlung des Vereins der württ. Arbeiterkolonien statt. Die Kolonie in Dornahof ist in erfreulichem Gedeihen begriffen, die Frequenz hält sich zwischen 70 und 100 Kolonisten. Die Versammlung beschloß, künftig auch halbinvalide Personen aufzunehmen.

Auf 1. April sollen in Stuttgart die Denkmäler des Fürsten Bismarck und des Grafen Moltke, gestiftet vom Verein zur Förderung der Kunst, ausgeführt von Prof. Donndorf, enthüllt werden. Dieselben finden Aufstellung an der Planie, gegenüber dem Wilhelmshospital.

Wie berichtet, haben die beiden Stuttgarter Zeitungen „Merkur“ und „N. Tagblatt“ täglich zweimalige Ausgabe seit 1. März eingeführt. Das letztere Blatt hat die Einrichtung heute bereits wieder aufgegeben und der „Merkur“ setzt sich täglich in längeren Erörterungen mit seinem Leserkreis auseinander, der sich mit der Neuierung nicht befreunden will. Die Opposition geht hauptsächlich von den ländlichen Lesern aus, die sich beklagen, jetzt schlechter bedient zu sein als früher. Die genannten Blätter haben den Fehler begangen, die Einrichtung zu treffen, ohne auf den württ. Eisenbahnfahrplan und insbesondere auf die Tageszeiten des Landpostbotendienstes Rücksicht zu nehmen.

In Heilbronn ist der Redakteur der demokratischen „Heilbronner Zeitung“, Dr. Lipp, geb. aus Gengenbach, dem Untersuchungsrichter vorgeführt und in Haft genommen, anderen Tags aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Dr. Lipp sieht unter der Anklage einer falschen eidlichen Aussage in einem Heilbronner Preßprozeß.

§§ Straßburg, 14. März. Der Landesauschuß hat sich heute auf längere Zeit vertagt, da kein zur Berathung vorbereitetes Material mehr vorhanden ist; die nächsten Wochen gehören den Kommissionen und namentlich den Berichterstattern, welche noch die drei wichtigsten Gesetzentwürfe der Session zu erledigen haben. Der Etat hat die 3. Lesung passiert, die endgiltige Gestaltung weicht nur um wenige Tausend Mark von der Regierungsvorlage ab; der Etat balancirt mit 45 862 442 Mark. Für die Vermehrung der Gendarmerie wurden auch in 3. Lesung nur die Ausgaben für 20 Mann statt der geforderten 40 bewilligt. Der im Reichstag eingebrachte Nachtragsetat ist bereits in seinem auf Elsaß-Lothringen entfallenden Antheil mit 226 245 M. berücksichtigt und der Matricularbeitrag demnach auf 8 436 245 Mark festgestellt. Für den Kanalfonds, welcher aus den Ueberschüssen des Etatsvoranschlags angelegt wird, verbleiben 714 783 M. — In der gestrigen Sitzung kam es seitens der Regierung zu zwei Mittheilungen, welche seitens der ländlichen Bevölkerung mit großer Genugthuung aufgenommen werden dürften; zunächst legte Unterstaatssekretär v. Schraut die Erleichterungen dar, welche nunmehr für die zahlreichen Kleinbrenner des Landes bezüglich der Führung von Brennregistern, der Anwendung einer zweiten Brennblase, der Anmeldefristen und namentlich bezüglich der Feststellung der Ausbeuteverhältnisse angeordnet seien. Da die in Baden eingeführten Erleichterungen als Muster gebietet haben, brauche ich hier darauf nicht weiter einzugehen. Auch in einem andern Zweige der landwirtschaftlichen Verwaltung sollen gesetzliche Maßregeln, die in Baden, ebenso wie in Preußen und andern deutschen Staaten bereits mit dem besten Erfolge zur Anwendung gekommen sind, Eingang finden, nämlich für die Anlage der Feldwege. Das Fehlen geeigneter Feldwege ist bei der großen Parzellierung des Grundbesitzes ein Hemmschuh der Entwicklung, der Bauer wird dadurch vielfach geradezu zur Verewigung der Dreifelderwirtschaft gezwungen; die bestehende Gesetzgebung reicht nicht aus, hier wirksam Wandel zu schaffen, da sie nur eine Expropriation gegen Baarzahlung kennt, welche die Bildung von Zwangsindukaten erschwert; hier kann nur die Befugniß des zwangsweisen Austauschens von Grundstückstheilen Wandel schaffen, die durch ein dem Staatsrathe bereits vorliegendes Gesetz eingeführt werden soll. Für Jäger, Wildprethändler und Feinschmecker ist es vielleicht von Interesse, daß heute in drei Lesungen ein Gesetz beschlossen wurde, welches auch in Elsaß-Lothringen die Schonzeit für Schnepfen (bisher vom 1. April an) erst mit dem 1. Mai beginnen läßt. (Auch in Baden beginnt die Schonzeit mit dem 1. Mai.)

Die endliche Demission Antoine's als Reichstagsabgeordneter wird von der eingeborenen Lothringer Bevölkerung als eine Erleichterung empfunden, was der „Messin“ ausdrücklich konstatiert. Der klerikale „Lorrain“ weint ihm einige Krokodilstränen nach und hat offenbar ganz vergessen, daß er seiner Zeit einen Gegenkandidaten des protestantischen Thierarztes protegirt. Einige Pariser Heßblätter und ihre Redakteure öffnen Antoine bereits ihre Spalten und ihre Arme. Wir gönnen ihm seine Freunde an der Seine.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. März. Anlässlich des Jahrestages der Thronbesteigung Seiner Maj. des Kaisers Alexander III. fand in der hiesigen russischen Kirche ein Gottesdienst statt, welchem u. a. der Botschafter Lobanow mit den Herren der russischen Botschaft und zahlreiche Mitglieder der russischen Kolonie beiwohnten.

Das Wiener „Fremdenblatt“ widmet der (in voriger Nummer der „Karlsruher Zeitung“ mitgetheilten) Erklärung Tisza's in der Klubfikung der liberalen Partei, daß er so lange auf seinem Posten ausharren werde, als die Krone und die Nation es für wünschenswert erachten, einen längeren Aufschub. Wir entnehmen dem Artikel folgende Sätze: „Lauter Jubel folgte der entschiedenen und mannhaften Erklärung, welche die gleiche freudige Zustimmung im ganzen Lande finden wird. Sie wird die gesammte liberale Partei mit der

gleich ernsten Auffassung ihrer Aufgabe und der Wichtigkeit des Augenblicks erfüllen. Aber eine nicht minder lebhafteste Befriedigung haben diese Worte auch in unserer Reichshälfte gefunden und deren Tragweite kann hier der entsprechenden Würdigung gewiß sein. Denn einerseits kennt man Tisza's Verdienste um die Konsolidirung und Kräftigung Ungarns, dessen Gedeihen eine Quelle der gemeinsamen Macht ist, und weiß die Sache zu schätzen, für die er die Kraft seines Lebens einsetzt. Aber man weiß auch, welche gewaltige Stütze das Reich an Koloman v. Tisza hat, mit welchem Muth und mit welcher Ausdauer er der Politik des Reiches und ihren Anforderungen in seiner Heimath Anhang und oberwillige Unterstützung geschaffen und Ungarn zu einem überzeugungsvollen Träger derselben gemacht hat. Aber auch im Auslande, wo man durch den langen und ermüdenden Kampf, durch falsche Darstellungen der Sachlage, zu irrigen Schlüssen bezüglich der Zukunft Ungarns gelangt, wo man vor all den Ausartungen des ungarischen Partikampfes, wie vor einem ungelösten Räthsel gestanden, wird man mit Genugthuung die Worte vernehmen, welche jeder Unfährheit ein Ende machen und die Situation für lange Zeit vollständig geklärt haben. Herr v. Tisza ist nicht zu ermüden und nicht abzuschrecken, wo es gilt, für die Pflicht einzustehen, Staats- und Reichsinteressen vor schmerzlichen Erschütterungen zu bewahren, und harret er aus, so ist der Sieg auf seiner Seite gewiß. Auch außerhalb der Reichsgrenzen weiß man aber Tisza's Bedeutung und dessen Ziele voll und ganz zu würdigen und hat mit Stauern vernommen, mit welchem Eifer derselbe, der großen geistigen Anforderungen der politischen Fragen ungeachtet, noch an die Verbesserung der Finanzlage geschritten ist und welche Resultate er auch auf diesem Gebiete bereits aufzuweisen hat. So darf von dem geistigen Tage an die Ostruktionspolitik der oppositionellen ungarischen Fraktionen als überwunden angesehen werden. Sie ist im Vorhinein zur Erfolglosigkeit verurtheilt, und wir gewinnen aus den feilen und würdevollen Erklärungen des Ministerpräsidenten die frohe Zuversicht, daß Ungarn wieder auf der Bahn der zielbewußten Erhaltung seines Staatswesens vorschreiten und jenes einträchtigen Zusammenwirkens der drei Regierungsorganismen, welches bei der staatsrechtlichen Verfassung der Monarchie eine unbedingte Voraussetzung ihrer Autorität ist, ohne Störung den Aufgaben gerecht wird, welche der Charakter der Zeit dem Reiche auferlegt.“

#### Italien.

Rom, 14. März. Der heutige Geburtstag Seiner Majestät des Königs wurde in Rom und in den Provinzen durch Truppenrevuen und vielfache Festlichkeiten begangen. Wo die Majestäten sich zeigten, wurden sie von der Bevölkerung Roms auf das sympathischste begrüßt. Um vier Uhr Nachmittags fand durch den König im Beisein der Königin und des Kronprinzen die feierliche Grundsteinlegung zum Justizpalaste statt.

#### Frankreich.

Paris, 14. März. Es wurde schon telegraphisch gemeldet, daß Etienne, Deputirter für Oran, zum Unterstaatssekretär der Kolonien ernannt worden ist und daß die Kolonien dem Handelsministerium unterstellt werden. Der französische Ministerrath hat wiederholt die Frage erörtert, ob die Kolonialverwaltung in ein selbständiges Portefeuille zu verwandeln oder als ein Unterstaatssekretariat weiterzuführen sei. Die Schwierigkeiten, die der ersteren Maßregel im Wege stehen, liegen in den täglichen Wechselbeziehungen der Kolonialverwaltung zum auswärtigen Amt, zur Marine, zum Handelsamt und zum Innern, je nachdem es sich um Angelegenheiten der Schutzgebiete, der Flotte, der Ein- und Ausfuhr oder der Strafanstalten handelt. Als Unterstaatssekretariat hängt das Kolonialwesen von den vier Ministerien ab; als selbständiges Ministerium würde es leichter in Konflikte mit ihnen gerathen. Auch der Kostenpunkt der Errichtung und des Unterhalts eines neuen Ministeriums wurde in Betracht gezogen. Man beschloß daher, den namentlich von Constant befürworteten Plan eines eigenen Kolonialministeriums fallen zu lassen. Dagegen wurde für zweckmäßig erachtet, die Kolonialverwaltung von der Flotte zu trennen und mit dem Handelsministerium zu vereinen, wodurch dieses bisher kleinste Portefeuille, welches im gegenwärtigen Kabinett der Premier bekleidet, eine größere Wichtigkeit erlangt. Der seit dem Rücktritte de la Porte's noch erledigte Posten eines Unterstaatssekretärs der Kolonien ist nun wieder besetzt worden. — Der Senat erteilte heute mit 213 gegen 58 Stimmen die von der Regierung nachgesuchte Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Senators Raquet. Auch die Deputirtenkammer entsprach dem Antrage, die Ermächtigung zur Verfolgung der in die Anklage gegen die Patriotenliga verwickelten Abgeordneten zu erteilen. Krone erstattete den Bericht des Ausschusses, der zur Prüfung dieses Antrags eingesetzt worden war. Die Patriotenliga, führte der Berichterstatter aus, sei von ihrem früheren Wege abgewichen; ihre jüngste That sei eine Aufforderung zur Mißachtung der Regierung bei Gelegenheit der Beschließung von Sagallo gewesen. Die Untersuchungen hätten einen Mobilisationsplan der Liga zu Tage gefördert, der nicht patriotischen Zwecken diene, sondern eine Bewegung gegen die Regierung befördern solle. Der Ausschuh habe daher die Ertheilung der Ermächtigung mit 10 Stimmen gegen die des Abgeordneten Cassagnac befürwortet, der darin eine Verlängerung der Gerechtigkeit und Freiheit erblicke. Das Haus beschloß, sofort in die Berathung des Ausfußantrages einzutreten. Laguerre sprach in heftigem Tone gegen die Ermächtigung. Daß er und seine Freunde keine Republikaner seien, bestreite er entschieden; niemals hätten sie ihr republikanisches Programm verläugnet, und das könnten nicht alle Mitglieder der Mehrheit von sich sagen. Die Patriotenliga sei keine geheime Gesellschaft, sie habe stets im hellen Lichte des Tages gehandelt. Vor einem Jahre habe sie sich um den General Boulanger geschart, aber sie habe die Strömung, welche die Mehrheit wegschwemmen werde, nicht geschaffen, wenn sie dieselbe auch nach Kräften gefördert habe. Der Mobilisationsplan, den man gefunden habe, sei nicht geheim gehalten worden; man müsse daher die Anklage gegen die Liga als eine

geheime Gesellschaft fallen lassen. Wenn ihre Mitglieder Verschwörer seien, so seien es auch Tausende von Bühlern, die für Boulanger gestimmt hätten. Schließlich wurde der Antrag des Ausschusses, die Genehmigung zur Verfolgung der Abgeordneten Raquet, Laguerre und Laifant zu ertheilen, mit 317 gegen 227 Stimmen angenommen.

Der Marineminister Jaurès ist, wie schon von uns berichtet, am 13. März an einem Schlagflusse gestorben. Constant Louis Jean Benjamin Jaurès, Sohn eines 1870 in Paris geborenen Vizeadmirals, wurde am 23. Februar 1823 geboren und trat 1839 in die Marineschule zu Brest, wurde 1861 Fregatten- und 1869 Vizeadmiral. Er machte die Feldzüge in der Krim, in Italien, China, Cochinchina und Mexiko mit und wurde im November 1870 dem Kriegsministerium zur Verfügung gestellt, zum Brigadegeneral und vom November 1870 bis März 1871 zum Befehlshaber des 21. Armeekorps ernannt, das an der Loire, Saarthe und in der Maronne kämpfte. Er wurde zum Hohn für den maßfamen, aber gewandt geleiteten Feldzug zum Divisionsgeneral und nach dem Friedensschlus wieder vom Marineminister übernommen und zum Contreadmiral ernannt, in Anerkennung der hervorragenden Verdienste, die er sich erworben hat. Bei den Ergänzungswahlen am 2. Juli 1871 wurde Jaurès zum Vertreter des Tarn in die Nationalversammlung ernannt und nahm Platz im linken Centrum. Am 14. Dezember 1875 wurde er zum Senator auf Lebenszeit gewählt. Am 25. Februar 1876 zum zweiten Befehlshaber des Mittelmeergeschwaders ernannt, erhielt er im April Befehl, mit mehreren Kriegsschiffen vor Saloniki zu erscheinen, wo die Konstantinopel-Franzosen durch die fanatisirte Bevölkerung ermordet worden waren. Er traf am 16. Mai ein; noch an demselben Tage wurden die sechs Körper ausgegraben und in Gegenwart der französischen und deutschen Seeleute hingerichtet. Im Oktober 1876 erhielt er den Oberbefehl des Geschwaders von Cherbourg, wurde am 31. Oktober 1878 Vizeadmiral, am 12. Dezember Vizeadmiral in Spanien. In der Marine so ausgezeichnet wie in der Armee, in der Diplomatie so tüchtig wie als Fachminister, wurde er am 5. September 1877 zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt. Jaurès war im Leben geachtet als tapferer Deputirter und ein zuverlässiger Charakter. Im übrigen war er mehr Mann der That als der Rede und hat deshalb im Senat eine gute, doch keine glänzende Thätigkeit entwickelt.

#### Großbritannien.

London, 14. März. Ein Zwischenfall, der sich in der Parnekkommission zutrug, wird in London vielfach besprochen. Es handelt sich dabei um eine Affaire, die einigermaßen an das Gerede Pigott's erinnert. Timothy Coffey, ein irischer Journalist, hatte sich den „Times“ gegenüber anheißig gemacht, Beweise zu liefern, daß die Danbliga und gewisse irische Abgeordnete mit Verbrechen in Zusammenhang gestanden hätten. Coffey hatte eine darauf gerichtete Erklärung unterzeichnet und dafür von den „Times“ 115 Pfund Sterling empfangen. Vorgefesselt erklärte er jedoch, die in der erwähnten Erklärung gemachten Angaben wären un wahr und rein aus der Luft gegriffen; er habe die „Times“ nur „mythifiziren“ und die Regierung irreführen wollen. Der Vorliegende schickte den Zeugen wegen Mißachtung des Gerichtshofes in's Gefängniß.

#### Rußland.

St. Petersburg, 14. März. Nach einem Privattelegramm der Wünderer „Neuesten Nachrichten“ ist der frühere Adelsmarschall in Orla, Tintscheff, wegen Unterschlagung nach Sibirien verbannt worden.

#### Serbien.

Belgrad, 14. März. Gegenheiligen Nachrichten gegenüber wird von autoritativer Seite gemeldet, daß König Milan an einem der ersten Tage der nächsten Woche nach Pest begeben wird, um sich dort von Seiner Majestät dem Kaiser Franz Josef zu verabschieden, worauf er einen mehrtägigen Aufenthalt in Wien nehmen wird. Die weiteren Reisepläne des Königs Milan scheinen bis zur Stunde noch nicht endgiltig festgestellt zu sein. — Der Minister des Innern, Tauschanowitsch, ordnete an, daß die Censur gegen die ausländischen Blätter im liberalsten Geiste gehandhabt werde. Das für die Kreispräfecten angeforderte Kundschreiben des Ministers soll am Sonntag zur Verlesung kommen. Tauschanowitsch inspizierte in den letzten Tagen die Polizeigefängnisse und befahl den schleunigen Abschluß der schwebenden Unterjudungen, und entweder Uebergabe der Untersuchungshäftlinge an das Gericht oder die sofortige Freilassung der Gefangenen.

#### Zeitungsstimmen.

Die Verhandlungen der Reichstagskommission, welche die Vorberathung der Vorlage betreffend die Alters- und Jambidenversicherung der Arbeiter anvertraut ist, schreiten so rüthig vorwärts, daß sie demnächst zum Abschlusse kommen dürften. Angesichts dieses Ergebnisses weist die „Nordd. Allg. Ztg.“ darauf hin, wie dasselbe im Vergleich zu den von manden Seiten am Anfange der Reichstagsession ausgesprochenen Erwartungen als ein recht befriedigendes betrachtet werden darf. Das genannte Blatt schreibt:

„Als im Sommer vorigen Jahres die Beschlüsse der Ausschüsse des Bundesraths bekannt gegeben wurden, die der Vorlage für den Reichstag zum Grunde liegen, da trafen dieselben auf eine nicht gerade sehr wohlwollende Kritik auch von solchen Seiten, welche der Sozialreform im Prinzip günstig gestimmt sind. Nicht nur Einzelheiten der Vorlage, auch deren Grundlagen wurden in Frage gestellt, wobei wir natürlich noch lange nicht an solche Ausstellungen denken, wie sie zu agitatorischen Zwecken behufs Erweckung allgemeiner Unzufriedenheit in den Massen von gewissen Seiten gemacht wurden. Auf jene Einwände im Einzelnen zurückzukommen ist nicht unsere Absicht; aber es darf wohl daran erinnert werden, daß unter dem Eindruck derselben vielfach der Meinung Ausdruck gegeben wurde, es werde überhaupt nicht gelingen, im Laufe der Reichstagsession dieses Winters auf Grund der damals noch zu gewärtigenden Vorlage ein Gesetz zustande zu bringen. Die Meinungen gingen, so argumentirte man, bezüglich dieses weiteren Schrittes auf dem Wege der Sozialreform doch allzuweit auseinander, als daß man hoffen dürfte, eine Klärung derselben

auch nur in so weit herbeizuführen, um durch die Kommissionsberathung an den „fehlerhaften“ Grundlagen der Vorlage solche Korrekturen herbeizuführen, die eine Mehrheit des Reichstages dafür wahrscheinlich machen. Wenn sich viel in dieser Reichstagsession erreichen lasse, so werde es eine Vereinbarung über neue „Grundzüge“ in der Kommission sein, welche der Reichstag dann brevi manu sanktionieren konnte und welche die Unterlage für eine neue Vorlage abzugeben hätte, deren Schicksal dann einer späteren Session des Reichstages zu entscheiden vorbehalten bleiben müsse. Es waren keineswegs nur diejenigen im Reichstage nur mehr schwach vertretenen Richtungen, welche prinzipielle Gegner der Sozialreform sind, in deren Presse solche Berathungsideen laut wurden, sondern auch dort, wo man den Absichten und Zwecken der Vorlage volle Sympathie entgegenbrachte, wurde jene flehmüthige Voraussicht laut. Aus dem in seinen Einzelheiten allerdings noch nicht altentworfene vorliegenden Ergebnisse der Kommissionsverhandlungen und Beschlüsse läßt sich jedoch so viel schon jetzt feststellen, daß die Vorlage sich keineswegs als eine derartig „fehlerhafte“ Unterlage erweisen hat, um die Ausarbeitung neuer Grundzüge zu bedingen, denn so vielfach auch die Kommission die Vorlage in ihren Einzelheiten und ausführenden Bestimmungen unzugelassen in Vorschlag bringt, sind in deren Arbeiten die Grundlagen der Vorlage intact erhalten geblieben. Und da in der Kommission über viele Punkte eine Verständigung der ausfallgebenden Parteien des Hauses erzielt wurde, dürfte dieser Umstand auch für die Weiterberathungen seine Wirkungen dahin äußern, daß in diesem Stadium der Verhandlung nur noch eine geringe Zahl von tiefergehenden Meinungsverschiedenheiten zu beheben sein dürfte. Nach diesem Verlauf der Kommissionsverhandlungen über die Vorlage wird man sich in gesteigertem Maße der gesicherten Erwartung hingeben dürfen, das Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter noch in dieser Session zustande kommen zu sehen.

Im „Hannoverschen Kurier“ äußert sich ein Jurist zu der Frage, ob es zweckmäßig sei, das Sozialistengesetz in das gemeine Recht überzuführen. Seine Erörterungen (die übrigens, wie die Redaktion des „Kuriers“ hervorhebt, mit ihren Ansichten nicht überall übereinstimmen) liefern auf folgendes hinaus. An der schließlichen Zustimmung des Reichstages zu einer solchen Aenderung sei wohl nicht zu zweifeln; aber an Widerspruch werde es auch nicht fehlen, denn man stehe sozusagen vor einem Sprung in das Dunkle. Maßregeln gegen den Sozialismus seien ja notwendig, und an dem Sozialistengesetz sei für die meisten das Bedenkliche nur die Form des Gesetzes. Auf der anderen Seite sei es aber sehr fraglich, ob durch die angeführte Aenderung bezw. Ergänzung des gemeinen Straß-, Press-, Versammlungs- und Gewerberechts die erhofften Erfolge überhaupt zu erreichen sind: „Die Macht der Sozialdemokratie beruht in einem Maße, wie wohl bei keiner zweiten Partei, auf ihrer geschlossenen Organisation, der Zusammenfassung aller Glieder zur Einheit, welche stark macht. Das Vereinswesen ist deshalb der Punkt, an welchem die Reaktion einsetzen muß. Soll nun in jedem Falle, um einen Verein aufzulösen und damit einen Herd der Ansteckung zu zerstören, der „sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische“ Charakter derselben — um mit den Worten des Gesetzes zu reden — zuvor vom Richter nach prozessualischen Grundregeln festgestellt werden, so leuchtet es für den Anbinger von selbst ein, daß auf diesem Wege dem Unwesen nicht gesteuert werden kann. Auch das Verwaltungsverfahren dürfte der Aufgabe nicht gewachsen sein.“

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 15. März.

Das Gesetzes- und Verordnungsblatt für die vereinigte evangel.-protest. Kirche des Großherzogthums Baden Nr. 3 enthält: Dienstrechtsverordnungen betreffend die Beteiligung der Reformationsskollekte vom Jahr 1888, die Bewilligung einer Kollekte für das ev. Kinderrettungshaus Johannisstift bei Metz, die Unterstützungen aus dem kirchlichen Baukollektionsfond für 1888, den Zustand der geistlichen Witwenkasse im Rechnungsjahr 1. Juni 1887/88, die Abhaltung von Verkündigungen in Württemberg, die Vergebung von Stipendien an Studierende der Theologie für 1888/89 und die theologische Vorprüfung im Frühjahr 1889, sowie die Mittheilung einer Dienstvermittlung, Todesfälle und eine Benachrichtigung.

Kirchenobergeistlich bekräftigt wurden die Ernennung des Pfarrverwalters Joh. Phil. Bühler in Hirslanden auf die erledigte evang. Pfarrei daselbst, sowie jene des Pfarrers Karl Pettinger in Waldwimmernbach auf die erledigte evang. Pfarrei Eichersheim. — Die im Frühjahr dieses Jahres abzuhaltende theologische Vorprüfung der evangelischen Pfarrkandidaten wird Dienstag den 30. April d. J., Vormittags 8 Uhr, beginnen. — Die evang. Pfarrei Wilhelmsfeld, Diözese Neckargemünd, soll wieder besetzt werden. Die Bewerber haben sich innerhalb vier Wochen durch ihre Dekanate beim evang. Oberkirchenrat zu melden.

Die Geleiseerneuerung der Pferdebahn hat bereits in ihren Vorarbeiten begonnen, indem bei dem nördlichen Geleise Weichen eingelegt werden, um es zu ermöglichen, daß die für die nächste Zeit dieses allein benützbaren auf- und abwärts fahrenden Wagen an einander vorüberkommen können. Um durch die dadurch nöthigen Arbeiten den Verkehr so wenig wie möglich zu stören, werden dieselben größtentheils während der Nachtzeit ausgeführt, was zwar für die Hausbewohner bei den betreffenden Stellen wegen des damit verbundenen Geräusches gerade keine Annehmlichkeit sein wird. Ein anderer Mißstand ergibt sich daraus, daß die Schienen, neben denen die Pflastersteine weggenommen werden müssen, nicht immer noch den nöthigen Halt bieten und dadurch Entgleisungen verursacht werden, Mißstände, die zwar wohl manches Unangenehme haben, aber vielleicht doch einer völligen Betriebs Einstellung während der Zeit des Umbaus vorzuziehen sind. Uebrigens ist das nördliche Geleise nahezu soweit hergestellt, daß der ganze Betrieb auf demselben regelmäßig stattfinden kann, um dann das südliche Geleise vollständig zu entfernen und an die Legung des neuen mit festem Unterbau gehen zu können, nach dessen Fertigstellung das südliche Geleise in Angriff genommen wird. Beide Geleise werden nach der Mitte der Straße etwas zusammengerückt werden.

Freiburg, 14. März. (Das Schmutzgericht) hatte sich in seiner soeben beendeten Session für das 1. Quartal mit fünf Fällen zu befassen. Der erste derselben, der unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektor Schäfer zur Verhandlung aufgerufen wurde, betraf eine Anklage wegen Raubs gegen den wegen Eigenthumsvergehen schon mehrfach vorbestraften 34 Jahre alten Tagelöhner Karl August Gaus von Denzlingen. Auch in vorliegendem Falle wurde die Anklage von den Geschworenen unter Ausschluß mildernder Umstände als erwiesen erachtet, worauf Gaus zu 7 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenverlust

verurtheilt wurde. Das Ergebnis der hinter verschlossenen Thüren geführten Verhandlung des zweiten Falles war die Verurtheilung des Gottlieb Schnabel von Untenheinrich wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 8 Monaten Gefängnis. Auch die weitere Anklage gegen die Ehefrau Wahl, Emma, geb. Hinn von Buchholz, kam wegen wesentlichen Meideids unter Ausschluß der Öffentlichkeit zur Verhandlung und endigte mit der Verurtheilung der Angeklagten zu 1 Jahr Zuchthaus. Ebenfalls unter Anklage des wesentlichen Meideids standen der 20 Jahre alte Ernst Müller von Fischingen und der 21 Jahre alte Hermann Schleiter von Gaggenau, doch erfolgte die Verurtheilung nur wegen fahrlässigen Meideids, und zwar wurde gegen Müller 1 Jahr 2 Monate, gegen Schleiter 11 Monate Gefängnis erkannt. Den letzten Fall der Tagesordnung bildete eine gegen den 39 Jahre alten Maurer Johann Bruch von Woschheim gerichtete Anklage wegen Sittlichkeitsverbrechens, wobei aber die Schuldfrage verneint und der Angeklagte infolge dessen freigesprochen wurde.

### Theater und Kunst.

(Kunstnotizen.) Nach einer Meldung aus Paris ist gestern dort der berühmte Tenorist Tamburini gestorben. — Das Passionspiel in Oberammergau wird während des nächsten Sommers in der altgewohnten Weise nach zehnjähriger Ruhe wieder aufgeführt werden, und zwar an allen Sonn- und Feiertagen. Die Gemeinde des oberbairischen Gebirgsdorfes hat sich entschlossen, an dem Schauspiel im wesentlichen nichts zu ändern, doch einige unbedingt gebotene Verbesserungen und Kürzungen vorzunehmen; so soll Judas richtiger und schärfer charakterisirt, nach der Kreuzigung alles die Wirkung Abschwächende entfernt werden u. s. w. Mit diesen Verbesserungen hat die Gemeinde den Ehrenanonimus am Münchener Hofstift von St. Cajetan, Pfarrer Dr. C. Etmayr, betraut. Dr. Etmayr ist ein literarisch feingebildeter Mann und genauer Kenner der Passionsspiele. — In dem Wiener „Fremdenblatt“ lesen wir: Direktor Förster ist von seiner Reise zurückgekehrt. Zwei junge Damen, Frä. v. Helben in Darmstadt und Frä. König in Karlsruhe, haben seine Aufmerksamkeit erregt und werden vielleicht im Verlaufe des Frühjahrs am Burgtheater gastiren.

### Verschiedenes.

W. Berlin, 14. März. (Der Landgerichtsdirektor Bachmann) ist gestorben.

W. London, 14. März. (Schiffsstrandung.) Eine Meldung des Bureau Reuter aus Malta besagt, daß das bei Comino gestrandete englische Panzerschiff „Sultan“ gesunken ist.

### Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 15. März. Der Reichstag nahm in seiner heutigen Sitzung den Antrag des Abg. Singer auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Grilkenberger an. Bei der zweiten Berathung der Rechnung der Rasse der Oberrechnungskammer wurde dieser die Decharge ertheilt.

Bei der ersten Berathung des Nachtragssetats beantragt Dr. v. Bennigsen die Verweisung an die Budgetkommission, nachdem der Staatssekretär Frhr. v. Malgahn den Etat begründete und in der Kommission nähere Auskünfte zusagte. Abg. Richter spricht sich gegen eine Vermehrung der Artillerie, sowie gegen die Theilung der obersten Marinebehörde aus.

Der Reichstag verwies schließlich den Nachtragsetat an die Budgetkommission. Im Laufe der Debatte hatte der Kriegsminister General Bronfart v. Schellendorff dem Abg. Windthorst gegenüber erklärt, daß durch das Septennat nur die Präsenzstärke festgesetzt sei und daß die Vorlage diese nicht alterire. Die Bemannungsverhältnisse der französischen Armee seien besser als bei uns; niemand werde den Muth haben, zuzulassen, daß Deutschland der glücklichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte wieder verlustig gehe.

Der Contreadmiral Heussner hob hervor, daß betreffs der Verwaltung des Oberkommandos der Marine auch bisher nur eine Personalunion bestand. Durch die Trennung beider Verwaltungen entstehe keine Schädigung. Nächste Sitzung morgen 2 Uhr: kleinere Vorlagen.

Berlin, 15. März. Die Reichstagskommission für die Vorlage die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter betreffend beendete heute ihre Arbeiten und nahm mit allen gegen fünf Stimmen die Kommissionsbeschlüsse in zweiter Lesung an.

Stuttgart, 15. März. (Privattelegramm.) Der württembergische Landesbischof Dr. Karl Josef v. Hefele feiert morgen seinen 80. Geburtstag. (Er ist geboren 1809 zu Unterföcher in Württemberg.) Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ beglückwünscht den greisen Oberhirten und rühmt ihn als Freund des konfessionellen Friedens und treuen Unterthan des Königs.

Bern, 15. März. Der Bundesrath wird bei den Regierungen der europäischen Industriestaaten anfragen, ob sie geneigt wären, in einer Konferenz auf Grund eines Programmes die verschiedenen die Arbeiterschutzgesetzgebung betreffenden Fragen zu berathen und Punkte festzusetzen, deren Ausführung durch ein internationales Uebereinkommen als wünschenswerth zu bezeichnen wäre.

Wien, 15. März. In der „Wiener Zeitung“ wird der Handelsvertrag mit Sanftbar veröffentlicht.

Wien, 15. März. Die von hiesigen Studenten anlässlich der Wiederkehr des Jahrestages der Märzereignisse von 1848 veranstaltete Matinée fand heute unter zahlreicher Beteiligung in bester Ordnung statt. Nach der Gedendrede des Abg. Franzl über die Märzereignisse wurde ein Nationallied gesungen, worauf die Teilnehmer sich ruhig zerstreuten. Die Feier selbst verlief gleichfalls ohne Zwischenfall.

Rom, 15. März. Anlässlich des Geburtstages des Königs gab Crispi ein Diner, wozu die Diplomaten, die Minister und die Parlamentspräsidenten geladen waren. Als Dozen des diplomatischen Corps toastete der russische Botschafter Baron Uexküll auf den König, Crispi auf die Oberhäupter der verbündeten und befreundeten Nationen, deren Glück, sowie das Glück ihrer Völker. — Dem Sultan von Oubi ist der von ihm nachgesuchte Schutz Italiens, welcher durch den italienischen Konsul in Sanftbar auszuüben ist, zugesichert worden.

Paris, 15. März. Die Streitigkeit der Deputirten Cassagnac und Burdeau ist beigelegt. Dasselbe gilt von den anderen noch schwebenden Herausforderungen als wahrscheinlich.

London, 15. März. Wie das Reuter'sche Bureau unterm 14. März aus Sanftbar meldet, gestattete der Sultan den von Dr. Peters gemieteten, gestern von Aben eingetroffenen Somalträgern nicht, in Sanftbar zu landen, ließ dieselben vielmehr auf seinem eigenen Dampfer nach Dar es Salaam bringen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

### Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.  
Geburten. 9. März. Otto Vincenz, B.: Wendelin Förderer, Mechaniker. — 11. März. Josef, B.: David Wirtz, Malchinit. — 14. März. August Nikolaus Josef, B.: Kaver Kaiser, Stadtpfarrmeister.  
Eheaufgebot. 14. März. Josef Hef von Durmerheim, Rutscher hier, mit Maria Dörmann von Münzheim.  
Todesfälle. 14. März. Anna, 6 Monat, B.: Adam Benz, Tagelöhner.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. in mm	Therm. in C.	Mol. Feucht. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind.	Witterung.
14. Nacht 9 U.	752.3	+ 3.4	4.1	70	NE	bedeckt
15. Morg. 7 U. 1)	756.2	— 3.0	3.3	91	„	bedeckt
15. Morg. 2 U. 2)	758.7	— 2.6	2.5	66	„	bedeckt

1) Schnee = 3.2 mm der letzten 24 Stunden. 2) Schnee.  
Wasserstand des Rheins. Magau, 15. März, Morgs., 4,01 m, gefallen 19 cm.

### Wetterkarte vom 15. März, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckvertheilung hat sich noch ungünstiger als seither umgestaltet. Eine ziemlich tiefe Depression ist im Südosten erschienen, während sich nördlich der hohe Druck in einem breiten Streifen von England aus über die Nordsee und Mittelmeer bis nach Finnland hin erstreckt. Demzufolge wehen in ganz Mitteleuropa bei stellenweise strengem Froste frische nördliche Winde und fällt fast allenthalben neuerdings Schnee.

### Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 15. März 1889.

Staatspapiere.		Börsennotizen.	
4% Deutsche Reichsanleihe	108.90	Staatsbahn	204.00
4% Preuß. Konf.	108.65	Bombardier	84.00
4% Baden in R.	103.15	Galizier	170.40
4% „ „ in M.	105.70	Elbthal	173.00
Deut. Goldrente	93.30	Medenburger	150.50
Silberrent.	70.30	Münchener	110.80
4% Ungar. Goldr.	84.00	Waldsch.-Hb.	173.30
1877r. Russen	—	Gotthard	141.70
1880r.	90.60	Weschnitz	169.35
Il. Orientanleihe	66.90	„ „ London	20.49
Italiener	95.60	„ „ Paris	80.88
Ägypter	96.90	„ „ Wien	167.70
Spanier	74.50	Napoleonsb'or	16.20
Serben	83.20	Privatdiskonto	2 1/2
Kreditaktien	251 1/2	Ab. Ruderfabrik	99.40
Disconto-Kommandit	235.60	Alkali Westereg.	—
Basler Bankver.	159.40	Kreditaktien	251 1/2
Darmstädter Bank	172.30	Staatsbahn	205 1/2
5% Serb. Hyp. Ob.	85.90	Bombardier	84 1/2
Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt.	162.20	Kreditaktien	301.20
Staatsbahn	102.10	Martnoten	59.50
Bombardier	42.90	Ungarn	101.25
Disf.-Kommand.	239.40	Tendenz: schwach	—
Baurabtheil.	138.50	Paris.	
Dortmunder	101.00	3% Rent.	85.40
Marienburger	82.50	Spanier	74 3/4
Böhm. Nordbahn	—	Ägypter	439.00
Tendenz: —	—	Öttomane	537.00
		Tendenz: —	—

